Donnerstag, 28. März 2024, 17:00 Uhr
~12 Minuten Lesezeit

Strafbare Kritik

In Frankreich sieht ein Gesetzesentwurf drei Jahre Gefängnis und 45.000 Euro Bußgeld für Bürger vor, die sich gegen die COVID-19-Impfung aussprechen.

von Michel Chossudovsky
Foto: michael schollum/Shutterstock.com

Wir hatten uns ja in den Coronajahren an einiges gewöhnt: Viele wurde wegen kritischer Äußerungen zur mRNA-„Impfung“ in den Medien und auch im privaten Umfeld diffamiert, so mancher verlor für die

„falsche“ Meinung seinen Job oder wurde zur Impfbefürworter-Religion quasi zwangsbekehrt. Aber gesetzliche Verfolgung — eine Geld- oder gar Gefängnisstrafe — mussten Impfskeptiker in Deutschland nie befürchten. Was nun aber in Frankreich abläuft, ist ein schockierendes Beispiel für diktatorisches und brutales Staatshandeln, das die normalerweise zum westlichen „Wertekanon“ zählende Meinungsfreiheit mit Füßen tritt. Der Autor ruft zum Widerstand gegen das französische Gesetzesvorhaben auf und erklärt auch, warum man die „Impfung“ nicht nur kritisieren kann, sondern dies sogar muss.

Einführung

Am 14. Februar 2024 verabschiedete die französische Nationalversammlung einen umstrittenen Gesetzesentwurf „zur Unterstützung des Kampfes gegen sektiererische Abweichung“ (im französischen Original: „Dérive sectaire“) hier (https://videos.assemblee-nationale.fr/video.14648076_65cbcdc9e435e.3eme-seance--renforcer-la-lutte-contre-les-derives-sectaires-suite--13-fevrier-2024%5D%20das%20Video%20zur%20Sitzung%20der%20Nationalversammlung%20vom%2014.%20Februar%202024).

Der Gesetzesentwurf geht auf eine Initiative der französischen Regierung unter Emmanuel Macron zurück und wird vom Innenminister(ium) im Namen der Premierministerin Élisabeth Borne dem Senat vorgelegt (Anmerkung der Übersetzerin: Gabriel Attal übernahm am 9. Januar 2024 das Amt des Premierministers von E. Borne).

N° 111

SÉNAT

SESSION ORDINAIRE DE 2023-2024

Enregistré à la Présidence du Sénat le 15 novembre 2023

PROJET DE LOI

(procédure accélérée)

visant à **renforcer** *la* **lutte** *contre les* **dérives sectaires**,

PRÉSENTÉ

au nom de Mme Élisabeth BORNE,
Première ministre
Par M. Gérald DARMANIN,
Ministre de l'intérieur et des outre-mer
Et par Mme Sabrina AGRESTI-ROUBACHE,
Secrétaire d'État chargée de la citoyenneté et de la ville

(Envoyé à la commission des lois constitutionnelles, de législation, du suffrage universel, du Règlement et d'administration générale, sous réserve de la constitution éventuelle d'une commission spéciale dans les conditions prévues par le Règlement.)

Parlamentarische Debatte zur „Sektiererischen Abweichung“ (Dérive Sectaire)

Der Gesetzesentwurf wurde erstmalig am 13. Februar 2024 diskutiert.

„Eine Oppositionskoalition lehnte, wie es der Senat bereits Ende 2023 tat, Artikel IV am Dienstagabend (13. Februar) ab. Die Abgeordneten der LFI (La France Insoumise), LR (Les Républicains) und RN (Rassemblement Nationale) prangern eine Bedrohung „allgemeiner Freiheiten“ und von „Whistleblowern“ an, die die Pharmaindustrie kritisieren.

Am folgenden Tag, dem 14. Februar 2024, wurde spätabends nach einer Fragerunde in einer knappen Abstimmung (116 zu 108) die Wahl vom Vortag aufgehoben. Zum Zeitpunkt der Abstimmung waren etwa 40 Prozent der 577 Abgeordneten der Nationalversammlung anwesend.

Nach langen Debatten verabschiedeten die Abgeordneten in erster Lesung den Gesetzesentwurf gegen „sektiererische Abweichungen“, in den sie den umstrittenen Artikel IV wieder aufnahmen, der einen neuen Straftatbestand schafft, nämlich die „Anstiftung zum Verzicht auf medizinische Behandlung“.

Kapitel III, Artikel IV, schlägt vor, das Strafgesetzbuch dahingehend zu ändern, die „Anstiftung“ einer kranken Person zum „Abbruch oder Unterlassung einer medizinischen Behandlung“ zu bestrafen, insofern dieser Abbruch als vorteilhaft dargestellt wird, obwohl er gefährliche Folgen haben könnte.

France Info dazu:

Artikel IV *„zielt darauf ab, gegen ‚Scharlatane‘ und ‚Gurus 2.0‘ zu kämpfen, die „Wunderheilungen“ bei schweren Erkrankungen wie Krebs in Aussicht stellen. Diese verfügen häufig nicht über eine wissenschaftliche Ausbildung und können unter Missachtung der Wissenschaft zu sektenartigen Verhaltensweisen abdriften.“*

Die „sektiererische Abweichung“ ist angeblich dramatisch angestiegen, „insbesondere aufgrund der COVID-19-Epidemie und der Nutzung sozialer Netzwerke“.

> ***Durch Bestrafung dieser Verhaltensweisen würde der Straftatbestand einer „Anstiftung zur Ablehnung einer (medizinischen) Behandlung“ dazu dienen, „eine wirkliche Lücke in unserem Arsenal zu schließen, indem er uns mit wirkungsvollen Mitteln zur Bekämpfung der***

> ***therapeutischen Exzesse eines Sektierers ausstattet“. Bis zu drei Jahre Gefängnis für diese „Anstiftungen“.***

Nach langen Debatten verabschiedeten die Abgeordneten am 14. Februar (2024) nach erster Lesung den Gesetzesentwurf gegen „sektiererische Abweichungen“ (dérive sectaire), indem sie den umstrittenen Artikel IV wieder einfügten, der den neuen Straftatbestand der „Anstiftung zur Ablehnung einer (medizinischen) Behandlung“ („**provocation à l’abstention des soins** (https://www.francetvinfo.fr/politique/parlement-francais/assemblee-nationale/derives-sectaires-on-vous-explique-le-delit-de-provocation-a-l-abstention-de-soins-vote-par-l-assemblee-nationale_6367222.html)“)

„Sektiererische Abweichung“ und der Gesetzesentwurf

Der Begriff „Sektiererische Abweichung“ verweist auf Nonkonformität als Reaktion auf ein offizielles Regierungsnarrativ.

Es ist ein totalitäres Konzept.

Es bezieht sich auf die *Miviludes* (Mission interministérielle de vigilance et de lutte contre les dérives sectaires; Interministerielle Abordnung zur Überwachung und Bekämpfung von gefährlichen sektiererischen Entwicklungen; Anmerkung der Übersetzerin), eine französische Regierungsbehörde, die sich **mit Sektenbewegungen befasst** (https://en.wikipedia.org/wiki/MIVILUDES).

Der Begriff „Abweichung“ wird auch zur Identifizierung dieser Gruppen benutzt.

Was ist eine sektiererische Abweichung?

Basierend auf den Erfahrungen der Miviludes, die jährlich etwa 2.000 Berichte erhält, kann die „sektiererische Abweichung“ wie folgt definiert werden:

Die Sektiererische Abweichung

Es handelt sich um eine Verletzung der Gedanken-, Meinungs- oder Religionsfreiheit, die gegen die öffentliche Ordnung, Gesetze oder Verordnungen, Grundrechte, die Sicherheit oder die Unversehrtheit von Personen verstößt.

Sie ist dadurch charakterisiert, dass eine organisierte Gruppe oder eine Einzelperson, unabhängig von ihrer Art oder Tätigkeit, Druck oder Techniken anwendet, um bei einer Person einen Zustand psychologischer oder physischer Unterdrückung herbeizuführen, aufrechtzuerhalten oder auszunutzen, der ihr einen Teil ihres freien Willens nimmt, mit schädlichen Folgen für diese Person, ihre Umgebung oder die Gesellschaft.

Der Gesetzesentwurf erweitert das Konzept der „sektiererischen Abweichung“

Welche Absicht steht hinter dem Gesetzesentwurf?

„… Den Kampf gegen sektiererische Abweichungen, der im Ministerrat beschlossen wurde, zu stärken.“

> ***Dies bedeutet, dass das totalitäre Konzept der sektiererischen Abweichung gestärkt und auf das Gesundheitswesen und die Medizin ausgeweitet wird.***

Der Gesetzesentwurf „schafft einen neuen Straftatbestand der ‚Anstiftung zur Ablehnung einer medizinischen Behandlung'".

Der Text zu diesem Gesetzesentwurf ist chaotisch und enthält konfuse Aussagen. Er bestätigt, dass sektiererische Abweichungen während der Coronakrise drastisch zunahmen.

Das unausgesprochene Ziel ist die COVID-19-Impfung

Ein Skandal ist letztendlich, dass der Gesetzesentwurf sich nicht explizit auf die COVID-19-Impfung bezieht. Er stellt eine furchtbare Bedrohung dar. Er kriminalisiert die Protestbewegung gegen die COVID-19-Impfung. Er verleiht einer Impfung Legitimität, die zu einer ansteigenden Übersterblichkeit geführt hat.

Der Gesetzesentwurf erwähnt eine Strafe von bis zu „drei Jahren Gefängnis und ein Bußgeld von 45.000 Francs" für französische Staatsbürger, die es wagen, sich gegen die COVID-19-Impfung auszusprechen.

Dazu gehören nicht nur Tausende von Wissenschaftlern und Ärzten, sondern Menschen aus allen Gesellschaftsschichten in Städten und Gemeinden in ganz Frankreich.

Gleichzeitig hebt (der Gesetzesentwurf) grundlegende Menschenrechte auf und bedeutet eine Kriminalisierung der parlamentarischen Demokratie. Ich sollte erwähnen, dass „dérive sectaire" kein juristischer Begriff ist.

Der renommierte Rechtsanwalt **David Guyon** (https://www.guyon-avocat.fr/lutte-contre-le-complotisme-et-derives-sectaires/) dazu:

„In Wirklichkeit ist klar, dass jeder, der die Impfung gegen COVID-19 kritisiert hat, als Straftäter betrachtet werden könnte. Die oben genannten Straftatbestände erlauben jedoch nicht, abweichende Meinungen zur Gesundheitspolitik zu unterdrücken.

Dazu ist es notwendig, eine Meinung zu vertreten, die dem wissenschaftlichen Konsens zuwiderläuft und die voraussichtlich schwerwiegende Folgen hat.

Folglich wäre ein solcher Text drastisch und würde jede Kritik an der offiziellen Darstellung unterdrücken. Deswegen muss (der Gesetzesentwurf) bekämpft werden.

„Heute wurde ein Gesetz verabschiedet, das jeden Widerstand gegen mRNA-LNP-Injektionen als „sektiererische Abweichung“

bezeichnet. Diese wird mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren und 45.000 Euros bestraft.“

„Es wird keinerlei Kritik an den therapeutischen Behandlungen dulden, die vom Staat empfohlen oder als verpflichtend erklärt werden. Jeder, der es wagt, diese Therapien offen zu kritisieren, muss mit Bußgeldern und Inhaftierung rechnen.“

„ Am heutigen 14. Februar 2024 hat die französische Regierung so niederträchtig manövriert, dass Artikel IV verabschiedet wurde. Es handelt sich um einen die Freiheit vernichtenden Artikel, denn er duldet keinerlei Kritik an den therapeutischen Behandlungen, die vom Staat empfohlen oder als verpflichtend erklärt werden …“

Die Lüge wurde zur Wahrheit. Die Schwächung grundlegender Menschenrechte

Diese Entscheidung — über die erst noch der Senat abstimmen muss — bedeutet, Dass die Lüge zur Wahrheit wurde.

Man kann dafür verhaftet werden, dass man Freunde und Nachbarn darüber informiert, dass der COVID-19-Impfstoff eine giftige Substanz ist?

Bedeutet das, dass man nicht einmal offizielle Daten zu Mortalität (Sterblichkeitsrate) und Morbidität (Krankheitshäufigkeit) zitieren darf?

Bedeutet das, dass die zahlreichen Studien zur Übersterblichkeit in Zusammenhag mit der COVID-19-Impfung weder veröffentlicht noch zitiert werden dürfen?

> ***Kann man verhaftet werden, wenn man sagt, dass über Pfizer — das die COVID-19-Impfagenda weltweit anführt — ein Strafregister beim US-Justizministerium geführt wird?***

Mit anderen Worten: Der weltweit angewandte COVID-19-„Impfstoff“ wird von einem Pharmaunternehmen produziert, das vom US-Justizministerium 2009 wegen „betrügerischer Vermarktung“ angeklagt wurde.

Man bedenke, dass es sich hierbei um eine strafrechtliche Anklage handelt und nicht um eine zivile Sammelklage.

Der COVID-19-Impfstoff bringt unsere Kinder um.

Pfizer bringt unsere Kinder um. Und unsere Regierungen werden von BigPharma bestochen.

Gemäß dem neuen französischen Gesetzesentwurf kann man dafür verhaftet werden, die Wahrheit zu sagen:

Unsere Kinder und Jugendlichen sterben weltweit.

Die 16-jährige Sofia Benharira, Schülerin am Lycée Valabre de Luynes-Gardannem in Aix-en-Provence, Frankreich, starb am 21. September 2021, sieben Tage nach Erhalt der tödlichen Pfizer-Impfung. Herzinfarkte und Thrombosen.

Dies geschieht überall auf der Welt.

Kinder und Jugendliche sterben.

Und die Medien berichten entweder nicht über Todesfälle im Zusammenhag mit der Impfung oder sie behaupten nachdrücklich, dass die Todesfälle COVID-19 zuzuschreiben sind.

Was ist die Wahrheit? Untersuche die Beweise! „Übersterblichkeit“

Die Beweise, die sowohl die französische Regierung als auch das französische Parlament offensichtlich ignorieren, sind überwältigend:

Zahlreiche Studien bestätigen, dass die COVID-19-Impfung einen weltweiten Aufwärtstrend bei Mortalität und Morbidität ausgelöst hat.

Die Nationalversammlung hat die Daten aus offiziellen Quellen, die eine steigende Tendenz bei der durch die COVID-19-Impfung bedingten Sterblichkeit bestätigen, offensichtlich nicht zur Kenntnis genommen.

Man sehe sich die Studie zur Übersterblichkeit mit dem Titel „Mit der COVID-19-Impfung assoziierte Sterblichkeit auf der südlichen Hemisphäre“ an, die von Professor Denis Rancourt, Dr. Marine Baudin, Dr. Joseph Hickey, und Dr. Jérémie Mercier am 13. Februar 2024 veröffentlicht wurde.

Weiter unten folgen die Diagramme für sechs Länder. Alle Diagramme finden Sie **hier** (https://www.globalresearch.ca/covid-19-vaccine-associated-mortality-in-the-southern-hemisphere/5832840).

Auffallend ist, dass sich in den meisten Ländern der Zusammenhang zwischen Gesamtsterblichkeit und Anzahl der verabreichten Dosen ähnelt.

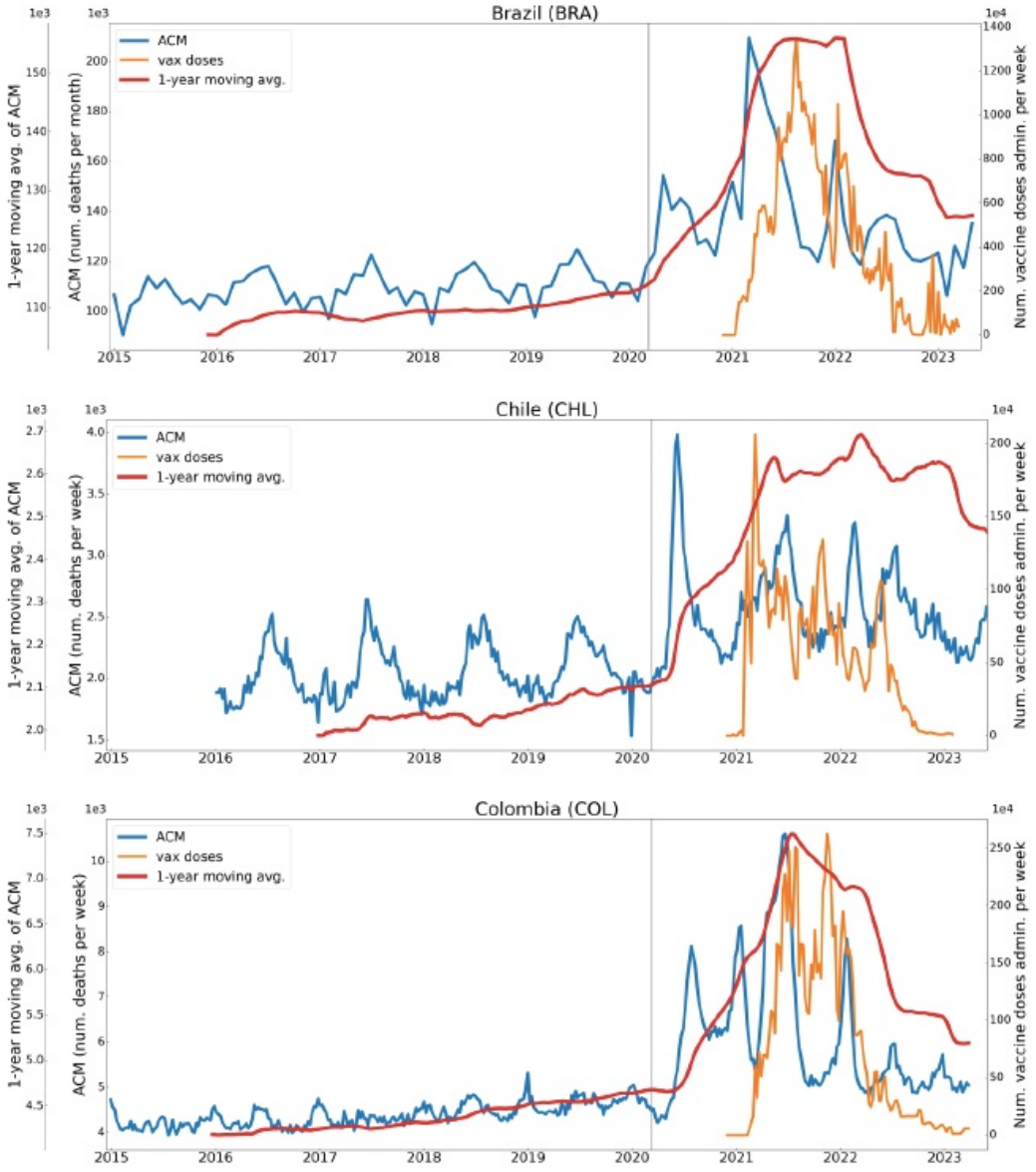
Impfstoffbedingte Mortalität in ausgewählten Ländern

(Prof. Denis Rancourt, Dr. Marine Baudin, Dr. Joseph Hickey und Dr. Jérémie Mercier)

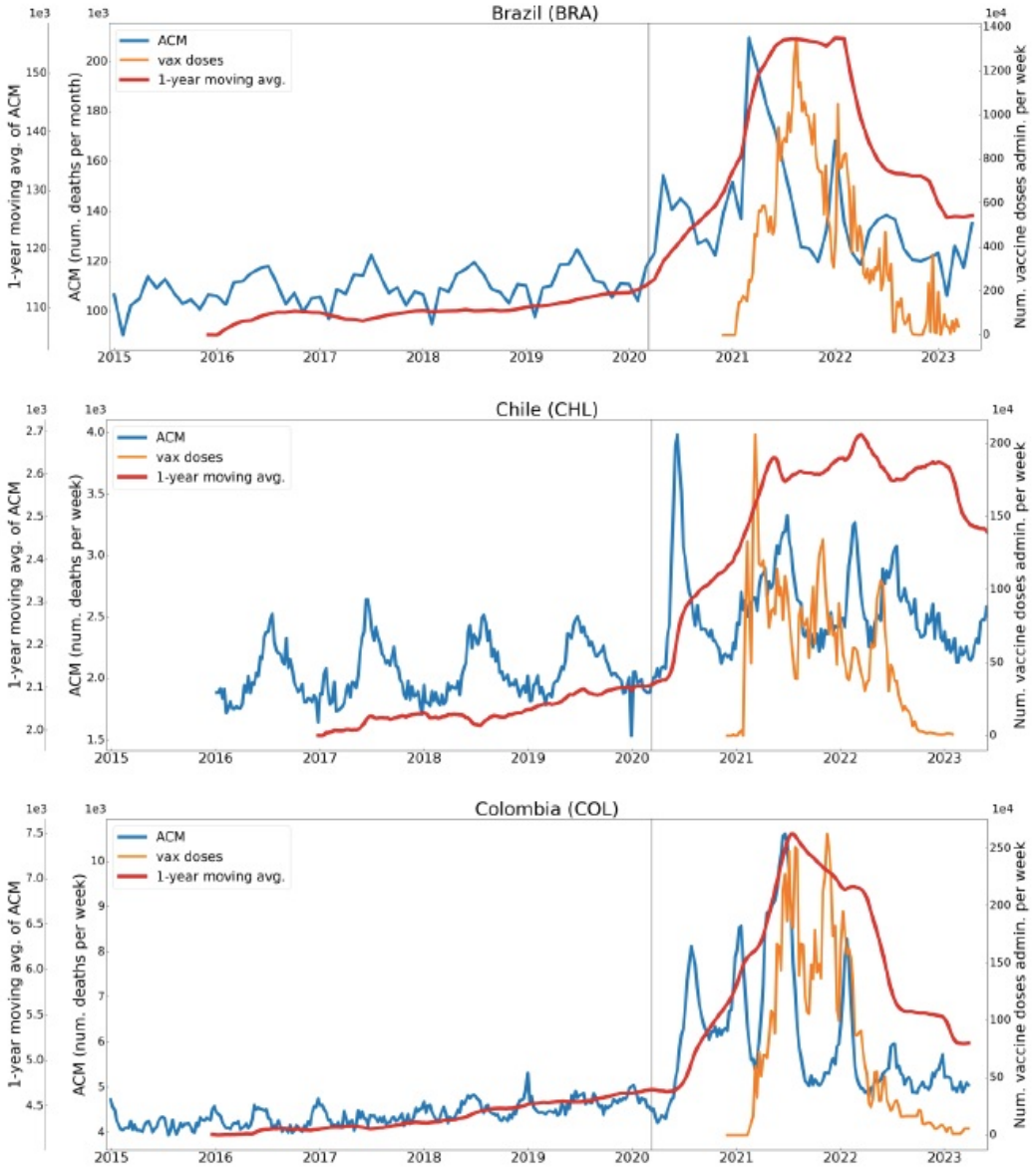
(Blau) Gesamtsterblichkeit—Anzahl der Todesfälle per Monat

(Orange) Pro Woche verabreichte Impfstoffdosen

(Rot) Sterblichkeit — jährlich sich verändernder Durchschnitt



Die Impfstoffverabreichung pro Woche (zum Beispiel orange, Abbildung 2) wird für die Analyse aller Altersgruppen für die kumulativen Originaldaten (OWID, 2023a) durch Interpolation aller Daten und anschließende Aufsummierung pro Woche ermittelt. In der Folge können plötzliche Sprünge in den kumulativen Daten einen hohen wöchentlichen Wert, so zum Beispiel für die Philippinen (Abbildung 2), als Artefakt verursachen. Ähnlich können Rückgänge bei den kumulativen Werten zu künstlichen negativen Wochenwerten führen, wie in manchen Fällen weiter unten zu sehen ist.



Impfstoffbedingte Morbidität

Die mit der COVID-19-Impfung in Zusammenhang stehende Mortalität geht mit einer impfstoffbedingten Morbidität einher.

Eine aktuelle Studie aus dem Vereinigten Königreich zu Übersterblichkeit und Morbidität in Verbindung mit Krebs in England und Wales legt Folgendes dar:

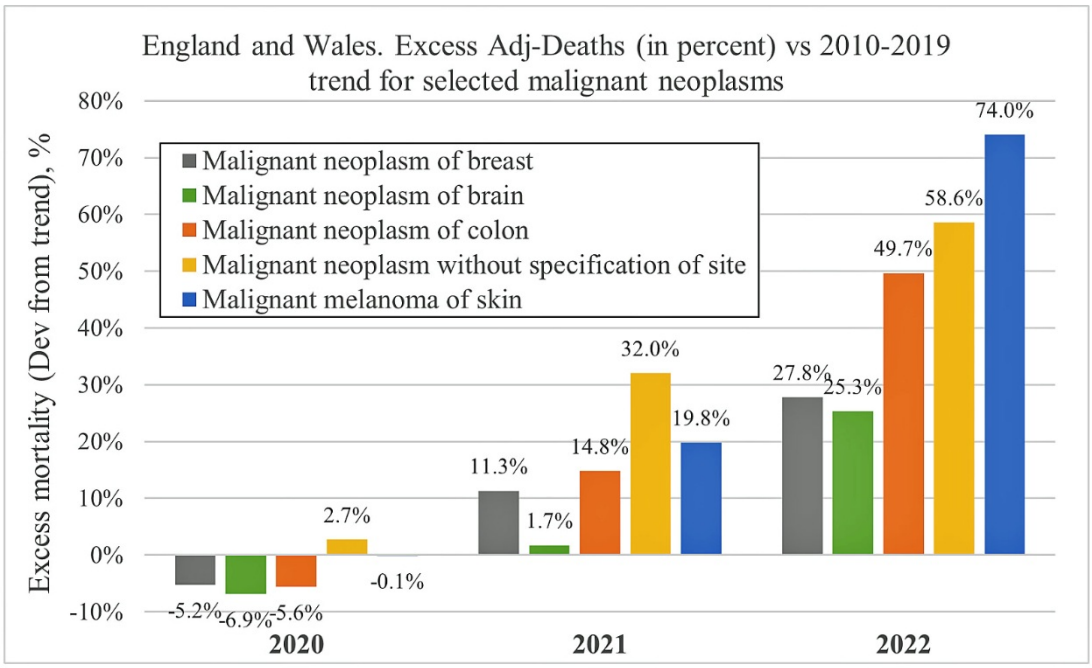
In der weiter unten zu sehenden Tabelle sind überzählige Todesfälle im Zusammenhang mit bösartigen Neubildungen (Krebstumoren) in

England und Wales aufgeführt, die in drei aufeinander folgenden Jahren — 2020, 2021 und 2022 — im Vergleich zu einem Zehnjahrestrend von 2010 bis 2019 erfasst wurden.

Die Daten für die Übersterblichkeit im Jahr 2020 (dem Jahr vor der Impfung) sind — mit Ausnahme „bösartiger Neubildungen ohne lokale Angabe“ — negativ.

Im Vereinigten Königreich wurde **im Dezember 2020** (https://en.wikipedia.org/wiki/COVID-19_vaccination_in_the_United_Kingdom#cite_note-:5-44) mit der Impfung begonnen. Die COVID-19-Impfung wurde in mehreren Phasen in England und Wales eingeführt. Sie begannen am 8. Dezember 2020 und dauerten bis März/April 2021.

Der Anstieg der Übersterblichkeit (in Prozent) beginnt 2021. Der Anstieg der Übersterblichkeit in Zusammenhang mit bösartigen Neubildungen ist für die ersten beiden Jahre der Impfstoffverabreichung tabellarisch dargestellt.



Beweise einzelner Fälle von impfstoffbedingter Mortalität und unerwünschter Nebenwirkungen

Dr. William Makis (https://www.globalresearch.ca/author/william-makis) dokumentierte mehr als 300 Fälle von Mortalität und unerwünschten Nebenwirkungen, die mit der COVID-19-Impfung in Zusammenhang stehen.

Ups: Pfizers geheimer Bericht zur COVID-19-Impfung „spricht die Wahrheit“

Was passiert, wenn man den Pfizer-Bericht zitiert?

Kann man dafür verhaftet und inhaftiert werden, die Daten zu Mortalität und unerwünschten Nebenwirkungen aus Pfizers „Vertraulichem Bericht“ preiszugeben, der im Rahmen des Gesetzes zur Informationsfreiheit veröffentlicht wurde? Dieser Bericht sollte Millionen von Menschen zugänglich gemacht und von diesen zu Rate gezogen werden:

Der Vertrauliche Bericht von Pfizer ist ein **Paukenschlag** (https://www.globalresearch.ca/video-pfizers-secret-report-on-the-covid-vaccine-beyond-manslaughter-the-evidence-is-overwhelming-the-vaccine-should-be-immediately-withdrawn-worldwide/5780561). Die Impfung wurde Mitte Dezember 2020 begonnen. Bis Ende Februar 2021 „hatte Pfizer bereits mehr als 1.200 Berichte über Todesfälle erhalten, die angeblich durch die Impfung verursacht worden waren, sowie zigtausende Berichte über unerwünschte Nebenwirkungen, darunter 23 Fälle von Spontanaborten bei 270 Schwangerschaften und mehr als 2.000 Berichte über Herzprobleme“.

Der Vertrauliche Bericht von Pfizer liefert Daten zu Todesfällen und unerwünschten Nebenwirkungen, die Pfizer von Beginn des

Impfprojekts im Dezember 2020 bis Ende Februar 2021 gesammelt hatte — also während eines sehr kurzen Zeitraums, der höchstens zweieinhalb Monate betrug.

Die Daten von Mitte Dezember 2020 bis Ende Februar 2021 bestätigen eindeutig (den „Tatbestand des) Totschlag(s)". Aufgrund der Beweise hatte Pfizer die Verantwortung, die „Impfung" unverzüglich zu stornieren und zurückzuziehen.

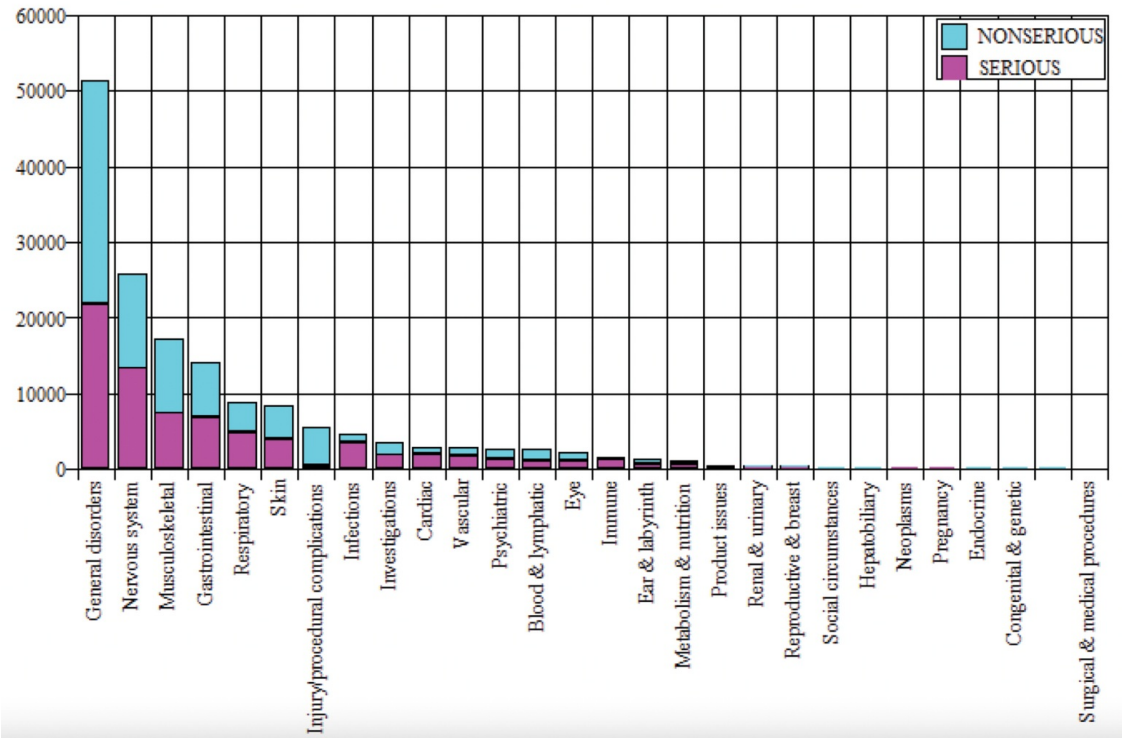
> ***Nach dem 28. Februar 2021 ist die weltweite Vermarktung des COVID-19-Impfstoffs kein „Totschlag" mehr. Mord beinhaltet, im Gegensatz zu Totschlag, „verbrecherische Absicht".***

Pfizers Covid-19-Impfung ist eine kriminelle Tat. Aus rechtlicher Sicht handelt es sich um den „Straftatbestand des Mordes", der weltweit an einer Zielbevölkerung von 8 Milliarden Menschen vollzogen werden sollte. Bis heute wurden mehr als 60 Prozent der Weltbevölkerung gegen COVID-19 geimpft.

Hier (https://phmpt.org/wp-content/uploads/2021/11/5.3.6-postmarketing-experience.pdf) können Sie den vollständigen Pfizer-Bericht lesen.

Auszug aus dem Pfizer-Bericht, Abbildung 1 — Kumulative Analyse von Berichten zu unerwünschten Nebenwirkungen nach der Zulassung von von PF-07302048 (BNT162B2) bis 28. Februar 2021

Figure 1. Total Number of BNT162b2 AEs by System Organ Classes and Event Seriousness



"**Hier** (https://phmpt.org/wp-content/uploads/2021/11/5.3.6-postmarketing-experience.pdf) ist der komplette Bericht auf englisch abrufbar."

Abschließende Bemerkungen

Die französische Regierung, die Nationalversammlung und der Senat müssen von einer Massenbewegung in ganz Frankreich und der Europäischen Union herausgefordert werden.

Wir sind gerade Zeugen der regelrechten „**Kriminalisierung des Staatsapparates** (https://www.globalresearch.ca/foreign-aid-used-to-finance-1-8-billion-vaccine-doses-western-governments-billionaires-and-big-pharma-come-to-the-rescue-of-the-poor-countries/5757337)“, bei der Politiker, Abgeordnete, hochrangige Regierungsbeamte routinemäßig bestochen, kooptiert oder bedroht werden, damit sie ein diabolisches Projekt befolgen, das weltweit buchstäblich Menschenleben zerstört.

Wir fordern den Senat auf, den „Gesetzesentwurf zur Stärkung des Kampfes gegen die „Sektiererischen Abweichungen“, der von der Nationalversammlung verabschiedet wurde, abzulehnen.

Sollte Pfizer ein Bußgeld von 45.000 Euro auferlegt bekommen und für drei Jahre inhaftiert werden?

Pfizers „Vertraulicher Bericht“ enthält detaillierte Beweise für die Auswirkungen der „Impfung“ auf Mortalität und Morbidität. Diese Daten aus erster Hand können nun genutzt werden, um gegen Big Pharma, Regierungen, WHO und Medien vorzugehen und rechtliche Schritte einzuleiten.

Die Abgeordneten der Nationalversammlung müssen diesen Bericht zur Kenntnis nehmen. Vor einem Gericht sind die in diesem vertraulichen Bericht von Big Pharma enthaltenen Beweise — zusammen mit den Daten zu Todesfällen und unerwünschten Nebenwirkungen, die von den nationalen Behörden gesammelt wurden — unwiderlegbar, weil es sich hier um ihre eigenen Daten und Einschätzungen handelt und nicht um unsere.

> ***Pfizer war sich dessen völlig bewusst, dass der mRNA-Impfstoff, den es weltweit vermarktet, zu einer Welle von Mortalität und Morbidität führen würde. Dies kommt einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit seitens Big Pharma gleich.***

Pfizer wusste von Anfang an, dass es sich um einen tödlichen Impfstoff handelte.

Es handelt sich auch um ein Schuldbekenntnis und um Verrat

vonseiten korrupter nationaler Regierungen weltweit, die von Big Pharma bedroht und bestochen werden.

Die Regierungen haben es unterlassen, die Rücknahme des tödlichen Impfstoffs zu fordern.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Text erschien zuerst unter dem Titel „**France's Draft Law: Citizens Who Speak out against the Covid-19 Vaccine. ‚3 Years Prison and €45,000 Fine'?** (https://www.globalresearch.ca/frances-draft-law-citizens-who-speak-out-against-the-covid-19-vaccine-3-years-prison-and-e45000-fine/5849818)". Er wurde von Gabriele Herb ehrenamtlich übersetzt und vom ehrenamtlichen Manova-Korrektoratteam lektoriert.

Michel Chossudovsky, Jahrgang 1946, ist ein kanadischer Professor der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Ottawa. Er ist der Herausgeber des **Centre for Research on Globalization** und bekannt für seine globalisierungskritischen Publikationen.